



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## MEDWEDEWS REDE ZUR LAGE DER NATION SOZIALE STRATIFIKATION

■ ANALYSE		
»Change« auf Russisch? Medwedews erste Botschaft an die Föderalversammlung		2
Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin		
■ UMFragen		
Reaktionen der Bevölkerung auf die Reden zur Lage der Nation		6
■ STATISTIK		
Statistik der Reden zur Lage der Nation 2000–2008		7
<hr/>		
■ ANALYSE		
Stratifikation und soziale Ungleichheit in Russland		9
Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Soziale Statistiken und Selbsteinschätzung der russischen Bevölkerung		13
■ UMFrage		
Die Wahrnehmung sozialer Sicherheit im internationalen Vergleich		16
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 28. Oktober bis zum 13. November 2008		18
<hr/>		
■ LESEHINWEIS		
Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen		20



## Analyse

# »Change« auf Russisch? Medwedews erste Botschaft an die Föderalversammlung

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Am 5. November 2008, am Tag nach dem denkwürdigen Wahlsieg Barack Obamas in den USA, trat der russische Präsident mit seiner ersten Botschaft an die Föderalversammlung vor die Nation. Es war eine bemerkenswerte Rede – eine Kampfansage an das eigene bürokratische Herrschaftssystem und ein Konzept für einen Wechsel der Politik, ein Konzept für *change*. Dmitrij Medwedew knüpfte an die Ideen von Rechtllichkeit und Modernisierung an, auf die er sich im Wahlkampf immer wieder berufen hatte. Vor der Versammlung der beiden Häuser des russischen Parlaments stellte er nun die Politik vor, mit der er sich diesen Zielen nähern will. Zugleich definierte er sein Selbstverständnis von der Rolle Russlands im Innern und in der internationalen Politik. Dabei nannte er zwei Gegner: im auswärtigen Bereich die USA, die sich internationaler Zusammenarbeit verweigern, im Inneren die »*allmächtige Bürokratie*«, die die Entwicklung im Lande bremst und in die falsche Richtung lenkt.

### Probleme einer Terminverschiebung

Die Aufgabe, vor der Medwedews Redenschreiber beim Entwurf der »Botschaft« standen, glich der Quadratur des Kreises. Sie mussten die inneren Schwächen Russland benennen, um die geplanten Reformmaßnahmen zu begründen, zugleich aber Russland als politisch und wirtschaftlich starkes Land darstellen. Sie mussten für eine Unterstützung der Reform durch die Gesellschaft werben, ohne dieser echte Freiräume zuzugestehen. Sie mussten den Südossetienkrieg begründen und die Finanzkrise ansprechen, ohne zu deutlich auf die möglichen Folgen für Russland einzugehen. Sie mussten das System der Apparatherrschaft, das unter Putin aufgebaut worden war, kritisieren, ohne die Putin-Administration zu denunzieren. Und sie mussten Russlands Anspruch deutlich machen, als Großmacht mit den USA auf gleicher Höhe zu stehen, ohne die Tür zu Verhandlungen mit der neuen US-Administration zuzuschlagen. Diese Widersprüche – und die Interessen der Gruppen, die dahinter standen – in eine Rede einzubinden, bedurfte zweifelsohne beachtlicher Anstrengung. Zudem galt es auch kurzfristig politische Maßnahmen zu formulieren, mit denen die Regierung auf die Finanzkrise reagieren will.

Dies waren wohl die Gründe, warum der Termin der »Botschaft« verschoben wurde. Es hieß, Medwedew sei mit dem ersten Entwurf nicht zufrieden gewesen und habe noch einmal selbst Hand angelegt. Zweifellos musste der Text auch innerhalb der Putin-Medwedew-Administration abgestimmt werden. Anscheinend hat es über den Entwurf kontroverse Diskussionen gegeben. Das ist ein erstes Anzeichen dafür, dass innerhalb der neuen Führung Meinungsunterschiede bestehen. Die Konfliktlinie muss nicht zwischen Putin

und Medwedew verlaufen. Medwedews Administration ist – wie vorher die Putins – ein sorgfältig ausbalanciertes Arrangement von Elitefraktionen, das von Präsident und Ministerpräsident moderiert wird. Medwedews Rede nimmt die Ideen und die Kritik auf, die Putin immer wieder geäußert hat und sucht sie in konkrete Schritte umzusetzen. Damit werden Besitzstände gefährdet. Es kann daher nicht überraschen, wenn es zu Unstimmigkeiten kommt. Ob Putin und Medwedew dabei zusammenarbeiten oder unterschiedliche Positionen vertreten, ist nicht erkennbar. In jedem Falle ist ein Kompromiss-Papier entstanden, das dennoch die Ankündigung einer Reihe konkreter Veränderungen enthält.

Die zeitlichen Verschiebungen haben dann dazu geführt, dass der endgültige Termin der Rede auf den Tag nach den amerikanischen Präsidentenwahlen angesetzt wurde. Das war nicht von vornherein geplant. Dass es dann schließlich doch so kam, zeigt das außenpolitische Ungeschick der Medwedew-Administration. Denn einerseits ist die Kernbotschaft der Rede im internationalen Raum angesichts des Jubels über Obamas Wahlsieg kaum wahrgenommen worden, andererseits zeugt es von geringem Verständnis für die Funktionsweise internationaler Politik, wenn eine Drohgeste wie die Ankündigung der Raketenstationierung in Kaliningrad ausgerechnet zum Zeitpunkt der Wahl eines US-Präsidenten gemacht wird, der sich gegenüber der Idee eines Raketenabwehrsystems eher zurückhaltend geäußert hat.

Mag sein, dass Präsident Medwedew nach den Attacken auf seinen eigenen Apparat nach außen Härte demonstrieren wollte. Mag sein, dass die scharfe Sprache gegen die USA Ergebnis eines Kompromisses mit

den *Hardlinern* in der Führung war. Im Endeffekt demonstriert es aber eine ähnliche Haltung wie die einseitige russische Anerkennung Südossetiens und Abchasiens. Beide Schritte waren politisch unnötig, für das Ansehen Russlands im internationalen Raum aber schädlich. In beiden Fällen haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Außenwelt nicht verstehen – oder sich von ihr abschotten wollen. Gerade gegen diese wendet sich aber Medwedew in seiner Rede, wenn er in aller Deutlichkeit Russlands »tiefe Integration in die Weltwirtschaft« feststellt und sein Land als verantwortlichen internationalen Akteur präsentiert.

### Die USA, die Verfassung und der Apparat

Die Rolle Russlands als Großmacht auf Augenhöhe mit den USA und der Europäischen Union postulierte der russische Präsident gleich zu Beginn der Rede. Er wies den USA die Schuld an der Verschärfung der Südossetienkrise und an der Entstehung der internationalen Finanzkrise zu, um dann ein internationales System zu fordern, in dem Russland, die EU und Staaten wie China, Indien und Brasilien neben den USA in gleicher Weise an Entscheidungen beteiligt sind. Die Begründung dafür sah er in der politischen und wirtschaftlichen Stärke Russlands, in seiner tausendjährigen Kultur und Zivilisationsarbeit. Dieses Credo und der Anspruch, der damit verbunden war, lagen der gesamten Botschaft zugrunde. Der auswärtige Beobachter, der Russlands Wirtschaftskraft (sie entspricht etwa der Italiens oder Frankreichs) realistischer einschätzt und die bitteren Erfahrungen der Stalin-Zeit nicht vergessen hat, wird dem russischen Präsidenten nicht unbedingt zustimmen, doch für Medwedew ist das Bekenntnis zu Russlands ökonomischer, politischer und moralischer Stärke Ausgangspunkt empfindlicher Kritik an der Wirklichkeit des Landes.

Er tut dies, indem er die Verfassung in das Zentrum seiner Ausführungen stellt – als Basis der russischen Demokratie und der Grundrechte, als Fundament eines neuen Rechts- und eines unabhängigen Gerichtssystems, als Garant unternehmerischer Freiheit und als Bedingung für die Einbindung Russlands in das internationale Rechtssystem. Für Medwedew ist sie Grundlage einer Erneuerung Russlands als Staat einer »freien Nation«, einer Gesellschaft, deren »höchster Wert Recht und Würde jedes einzelnen Menschen« sind. Und er identifiziert den Gegner dieser Entwicklung – die »allmächtige Bürokratie«. »In Russland«, erklärte er, »hat über Jahrhunderte ein Kult des Staates und der Scheinweisheit des Verwaltungsapparates geherrscht«. Der Apparat aber, so der russische Präsident, lasse sich noch heute –

im November 2008 – vom Misstrauen gegenüber dem freien Menschen und der Freiheit leiten.

Das habe Konsequenzen: »Diese Logik führt ihn [den Apparat] zu gefährlichen Schlussfolgerungen und zu gefährlichen Aktionen.« Die Bürokratie bereite den Unternehmern Alpträume, kontrolliere die Medien, mische sich in Wahlen ein und übe Druck auf die Gerichte aus. »Im Ergebnis ist der Staatsapparat bei uns der größte Arbeitgeber, der aktivste Verlag, der beste Medienproducer, ist selbst Gericht, politische Partei und im Endeffekt selbst das Volk. Ein solches System ist absolut ineffizient und schafft nur eins – Korruption. Es gebiert massenhaften Rechtsnihilismus, es tritt in Widerspruch zur Verfassung und bremst die Entwicklung der Institutionen einer innovativen Wirtschaft und Demokratie.« Ein starker Staat und eine allmächtige Bürokratie – das sei nicht dasselbe.

### Im Kampf gegen die »allmächtige Bürokratie«

Mit dieser Analyse legt der russische Präsident den Finger in die Wunde. Ein Elitenkartell, in dem sich Exekutive und Hochfinanz miteinander verbunden haben, kontrolliert den politischen Prozess und hat die ökonomischen Ressourcen unter dem Anschein der Stärkung staatlichen Einflusses *de facto* »privatisiert«. Eine Führung, die grundlegende wirtschaftliche und soziale Reformen anstrebt, muss mit dem Widerstand dieser Führungsschicht rechnen und kann in der Gesellschaft kaum auf Unterstützung hoffen. Insofern ist die Aufgabe, die Medwedew seiner Präsidentschaft stellt, nahezu unlösbar.

So sind die Vorschläge, die er in der »Botschaft an die Föderalversammlung« macht, denn auch sehr maßvoll. Durch eine Gesetzesnovelle soll die Rolle der Parteien und der Vertretungskörperschaften gestärkt werden. U. a. sollen kleine Parteien mit 5–7 % der Wählerstimmen Garantiemandate erhalten, die Gouverneure sollen von den führenden Parteien der Region vorgeschlagen werden, im Föderationsrat sollen nur Personen vertreten sein, die Abgeordnete eines regionalen oder lokalen Selbstverwaltungsorgans sind. Die Praxis, Mandate im Föderationsrat an Würdenträger und Großunternehmer zu vergeben, die zu der jeweiligen Region kaum Bezug haben, würde damit beendet. Die Zulassung neuer Parteien soll erleichtert, innerhalb der Parteien die Rotation des Führungspersonals durchgesetzt werden. Nichtregierungsorganisationen will Medwedew in den Gesetzgebungsprozess einbeziehen und die Parteien sollen garantierten Medienzugang erhalten.

Die »Freiheit des Wortes« will der Präsident auf technischem Wege wiederherstellen: »Die Erfahrung zeigt, dass es praktisch nutzlos ist, Bürokraten zu überreden, die Medien ›in Ruhe zu lassen«. Man muss nicht überreden, sondern möglichst aktiv den Freiraum des Internets und des digitalen Fernsehens erweitern. Kein Bürokrat kann Diskussionen im Internet verhindern oder zugleich Tausende von Fernsehkanälen zensieren.« Diese Aussage enthält ein bemerkenswertes Eingeständnis: der Präsident ist nicht in der Lage, sich gegen den eigenen Apparat durchzusetzen. Er rechnet auf eine gesellschaftliche Meinungsbildung in den neuen Medien. Damit macht er aber auch deutlich, wie gering die Chancen sind, sein Reformwerk kurzfristig durchzusetzen. Nur mit langem Atem und in kleinen Schritten ist eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen.

Zu diesen kleinen Schritten sind letztlich auch die Erweiterung der Kontrollrechte des Parlaments und die Verlängerung der Amtszeiten für Präsident und Duma auf sechs bzw. fünf Jahre zu rechnen. Ersteres wird – wenn überhaupt – erst mittelfristig wirksam. Die 2007 gewählte Duma hat kaum das politische und professionelle Potenzial die Regierung wirksam zu kontrollieren. Erst die Wahlen 2011 könnten eine kompetente Volksvertretung hervorbringen – wenn es gelingt, diese Wahlen ohne Manipulationen durch die Obrigkeit durchzuführen. Das zweite ist für den Charakter des politischen Systems ohne Belang.

### Korruption, ehrliche Gerichte, Selbstverwaltung und Bildung

Die Einschränkung der Korruption ist ein Mittel, den Einfluss der Elitenkartelle zu beschränken, indem man sie von ihren Ressourcen abschneidet. Dazu will Medwedew die Einkommens- und Besitzverhältnisse der Staatsbeamten schärfer durchleuchten und Gesetzesverstöße härter bestrafen. Zudem sollen auch die Verantwortlichen in privaten Betrieben und Organisationen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Ebenso sollen juristische Personen im Falle von Bestechung verfolgt werden können. Der Präsident will Korruption kriminalisieren und Korruptionsbekämpfung zu einer zentralen Aufgabe des Rechtssystems machen. Dazu sind aber unabhängige, ehrliche Gerichte notwendig, die Medwedew auf dem Gesetzgebungswege Schritt für Schritt weiter stärken will.

Der Ausbau einer funktionierenden regionalen und lokalen Selbstverwaltung und mit ihr die Stärkung des föderalen Elements (das sein Vorgänger entscheidend geschwächt hatte) ist ein weiteres Anliegen des Präsidenten. Medwedew will die Aufgaben der verschiede-

nen Regierungs- und Verwaltungsebenen besser voneinander abgrenzen und die Arbeitsteilung optimieren. Zugleich beabsichtigt er den gesetzgeberischen Einfluss der Regionen zu stärken und ihnen größere Freiräume bei der Wahrung nationaler Traditionen und nationaler Kultur zu gewähren. Allerdings schlägt die »Botschaft« hier kaum wirksame Maßnahmen vor. Die Abschaffung der Volkswahl der Gouverneure und ihre Quasi-Ernennung durch den Präsidenten bleibt bestehen. Insgesamt machen Medwedews Vorschläge zu Korruptionsbekämpfung, Stabilisierung des Rechtssystems und Ausbau der Selbstverwaltung eher einen hilflosen Eindruck. Ob es gelingt, in diesen Bereichen gegen den Widerstand der Eliten Fortschritte zu erzielen, bleibt abzuwarten.

Umso intensiver wendet sich die »Botschaft« einer anderen Modernisierungsaufgabe zu, der Reform des Bildungssystems. Wissenschaft und Bildung sind in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt worden. 2008 erklärt der Präsident nun den Ausbau der Schulen und die Verbesserung der Lage der Lehrer zu einer nationalen Aufgabe. Doch was konkrete Maßnahmen angeht, belässt er es auch hier im Wesentlichen bei Willenserklärungen.

### Außenpolitik: Der »Augenblick der Wahrheit«

Im außenpolitischen Teil seiner Rede geht Medwedew schließlich auf die internationale Lage nach dem Südossetienkrieg ein. Für ihn ist der russische Militäreinsatz auch ein Signal für eine veränderte geopolitische Situation. Russland habe in diesem »Augenblick der Wahrheit« bewiesen, dass es nun wieder in der Lage sei, seine Bürger und seine Interessen zu vertreten. Die Militärmacht sei wieder einsatzfähig und werde weiter ausgebaut.

Die Passage über die internationale Lage Russlands ist, wie es scheint, von alten Ängsten geprägt. Die NATO-Erweiterung, das globale System der Raketenabwehr, die »Einkreisung« Russlands mit Militärbasen wird vermerkt. In Reaktion auf die Stationierung amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien kündigt Medwedew eine offensive Maßnahme an, nämlich die Stationierung von Kurzstreckenraketen des Typs »Iskander« im Gebiet Kaliningrad. Der Präsident mildert diese Ankündigung durch eine eher defensive Aussage: »Ich unterstreiche, diese Maßnahme erfolgt nicht freiwillig. [...], wir wollen gemeinsam handeln. Aber leider, zu unserem großen Bedauern, wollte man uns nicht hören.« Aus diesen Formulierungen kann man ein Verhandlungsangebot heraushören,

auch wenn dies nicht explizit so gesagt wird. In gewisser Weise erinnert die Maßnahme an den Doppelbeschluss der NATO im Dezember 1979: Auf die Aufrüstung der anderen Seite reagiert man mit eigenen Aufrüstungsmaßnahmen, in der Hoffnung die andere Seite zu einem Kompromiss zu veranlassen.

In diesen Zusammenhang gehört auch, dass Medwedew wieder auf seinen Vorschlag zur Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur zurückkommt, den er bereits in seiner »Berliner Rede« am 5. Juni 2008 vorgebracht hat. Allerdings findet sich in der »Botschaft« eine neue Nuance. War bisher von einer europäischen Sicherheitsarchitektur die Rede, so werden jetzt die USA begrifflich einbezogen. Die neue Sicherheitsarchitektur soll sich auf den euroatlantischen Raum beziehen – also auf den OSZE-Raum von Vancouver bis Wladiwostok. Der russische Präsident trägt damit der Tatsache Rechnung, dass ohne die USA Sicherheit in Europa nicht verhandelt werden kann, und dass die anstehenden russisch-amerikanischen Gespräche über die nuklearstrategische Rüstungskontrolle notwendig Bedeutung für europäische Sicherheit haben. Auch dieses implizite Eingeständnis amerikanischer Verantwortung für europäische Sicherheit ist als Angebot zur Aufnahme von Gesprächen zu verstehen.

Eins aber macht Medwedew in seiner Rede sehr deutlich. Im Gegensatz zu Stimmen, die im August 2008 auch aus dem Führungskreis zu hören waren, setzt er auf eine aktive Rolle Russlands in der Welt. Er betont, dass Russland seit langem in die Weltwirtschaft – und man darf hinzufügen: in die internationale Politik – integriert sei, und sich bewusst für diesen Weg entschieden habe. Und er betont: »*Selbstisolation ist eine Sackgasse*«. Damit grenzt er sich klar von jenen »eurasischen« oder »slawophilen« Tendenzen ab, die ein »russisches Projekt«, eine »russische Idee« oder eine »russische Doktrin« propagieren. Der Präsident, und das wird in dieser Botschaft noch einmal unter-

strichen, will Russland als moderne Großmacht entwickeln, die die Zusammenarbeit mit anderen großen Mächten sucht.

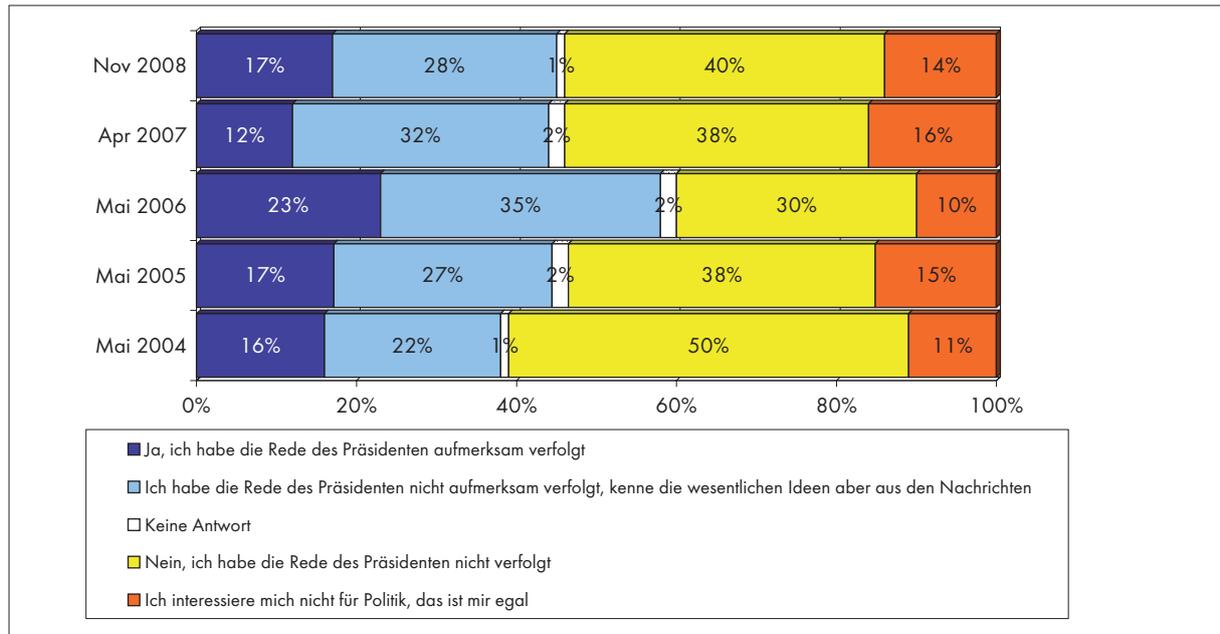
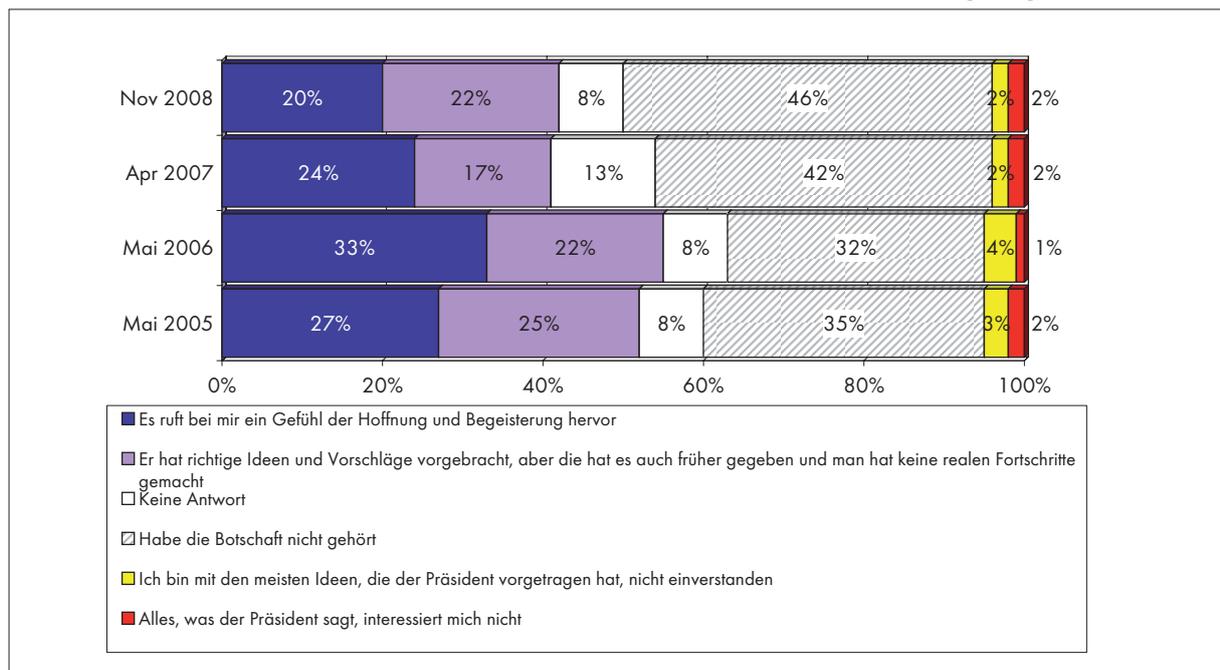
### Fazit

Medwedews Rede ist deshalb bemerkenswert, weil sie eine direkte Kampfansage an den eigenen Apparat enthält, den er grundsätzlich umgestalten will. Aus einer Bürokratie, die sich den Staat angeeignet, ihn privatisiert hat und die sich vor allem selbst bedient, will er eine Verwaltung machen, die den Bürgern und der Wirtschaft dient. Dies ist für den russischen Präsidenten Teil einer durchgreifenden Modernisierung des Landes, Voraussetzung für eine weitere Stärkung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ob die Medwedew-Administration diesen Kampf gewinnen kann, steht dahin. Denn solange die Mehrheit des Staatsapparates von der Situation profitiert, dürften seine Angehörigen kaum geneigt sein, Reformen wirklich umzusetzen. Zudem treffen die Maßnahmen gegen Korruption gerade jene Gruppen, die in den Putin-Jahren die Kontrolle über den Staat erlangt haben. Denn der Abbau von Korruption trocknet ihre Einkommensquellen aus und führt zu Machtverschiebungen im politischen Zentrum. Dies wird bei einem Teil des Elitenkartells sicher Widerstand herbeirufen.

Auf der anderen Seite macht Medwedew nicht deutlich, auf welche politischen Kräfte er sich in dieser Auseinandersetzung stützen will. Weder macht er Anstalten, die Gesellschaft gegen die Verwaltung zu mobilisieren, noch räumt er den Medien größere Spielräume ein. Seine konkreten Maßnahmen beschränken sich auf kleine gesetzgeberische Schritte. Insofern kann man zwar hoffnungsvoll feststellen, dass der russische Präsident die Notwendigkeit eines politischen Wechsels – *change* – klar erkannt hat. Ob er aber über das politische Gewicht verfügt, diesen tatsächlich durchzusetzen, muss füglich bezweifelt werden.

### Über den Autor

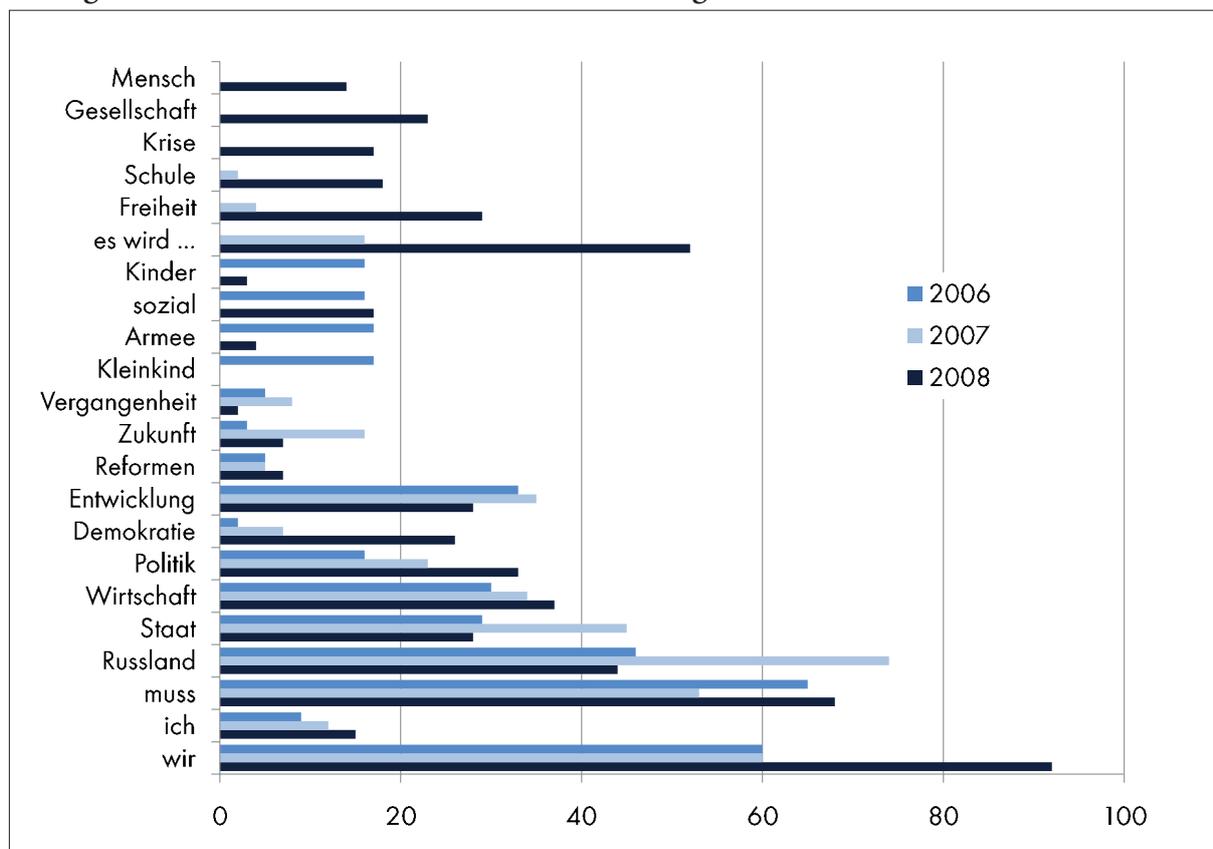
Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

**Umfragen**
**Reaktionen der Bevölkerung auf die Reden zur Lage der Nation**
**Haben Sie die Rede des Präsidenten verfolgt?**

 Quelle: Umfragen des VCIOM vom 8.-9.November 2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10960.html>
**Wie bewerten Sie die Botschaft des Präsidenten an die Föderalversammlung insgesamt?**

 Quelle: Umfragen des VCIOM vom 8.-9.November 2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10960.html>

**Statistik**
**Statistik der Reden zur Lage der Nation 2000–2008**

Datum	Dauer (Minuten)	Worte	Buchstaben	Sätze	Tempo (Worte pro Minute)
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104

Quelle: Kommersant, 6.11.2008 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867>

**Häufigkeit von Schlüsselwörtern in den Reden zur Lage der Nation 2006, 2007 und 2008**


Quelle: Angaben in der Tageszeitung »Kommersant« vom 5.11.2008, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867> und selbst ermittelt; k.A. = keine Angabe

## Häufigkeit von Schlüsselwörtern in den Reden zur Lage der Nation 2006, 2007 und 2008

	2008	2007	2006
wir	92	60	60
ich	15	12	9
muss	68	53	65
Russland	44	74	46
Staat	28	45	29
Wirtschaft	37	34	30
Politik	33	23	16
Demokratie	26	7	2
Entwicklung	28	35	33
Reformen	7	5	5
Zukunft	7	16	3
Vergangenheit	2	8	5
Kleinkind	0	k.A.	17
Armee	4	k.A.	17
sozial	17	k.A.	16
Kinder	3	k.A.	16
es wird ...	52	16	k.A.
Freiheit	29	4	k.A.
Schule	18	2	k.A.
Krise	17	k.A.	k.A.
Gesellschaft	23	k.A.	k.A.
Mensch	14	k.A.	k.A.

Quelle: Angaben in der Tageszeitung »Kommersant« vom 5.11.2008, 27.4.2007 und 11.5.2006 <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>; <http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867> und selbst ermittelt; k.A. = keine Angabe

## Analyse

# Stratifikation und soziale Ungleichheit in Russland

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

## Zusammenfassung

Siebzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR unterscheidet sich Russlands Gesellschaft in vielen Aspekten von der Gesellschaft der Sowjetzeit. Die Transformation des politischen und des Wirtschaftssystems hat die soziale Organisation tiefgreifend verändert und in der Konsequenz wurde der soziale Wandel zu einem bestimmenden Element der Transformationsprozesse in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Auflösung der alten Sozialordnung und damit verbunden der Verlust der eigenen gesellschaftlichen Position war die Grunderfahrung der meisten russischen Bürger nach 1991. Die Gesellschaft geriet in Bewegung. Große Bevölkerungsgruppen verarmten nach 1991, die »alten« sowjetischen Mittelschichten zerfielen, dafür gab es Ansätze zur Entstehung einer »neuen Mittelklasse« auf der Basis von Privateigentum. Teile der sowjetischen *Nomenklatura* verwandelten sich in eine neue Führungsschicht, in die auch neue politische und Geschäftseliten aufstiegen. Diese Vorgänge veränderten die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft und wirkten auf das System politischer Institutionen zurück.

## Soziale Stratifikation 1991 bis 2007

Der Wandel der Gesellschaft begann bereits in der Breschnew-Zeit. Es bildete sich ein administrativer Markt, informelle Tauschbeziehungen spielten eine wachsende Rolle. In diesem Prozess bildete sich eine soziale Gruppe heraus, die faktisch über das Staatseigentum verfügte. Der Zugang zu dieser Führungsschicht war über ein System geregelt, in dem neben Bildung vor allem die Stellung in der Hierarchie der Nomenklatur-Positionen eine Rolle spielte. Durch die Wirtschafts- und Sozialreformen, die die Gorbatschowsche Führung seit 1987 in die Wege geleitet hatte, wuchs die Möglichkeit, auf Eigentum zuzugreifen. Teile der Nomenklaturelite begannen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen und – unter Nutzung ihrer bisherigen Vorrangstellung – Besitz zu erwerben. Damit verschafften sie sich in dem sozialen Differenzierungsprozess, der durch die Reformen nun beschleunigt in Gang kam, eine starke Position.

Die Transformation war vor allem – das wird häufig übersehen – ein Umverteilungsprozess, der die sozialen Kräfteverhältnisse grundlegend veränderte. Die Einführung demokratischer Normen öffnete neuen Gruppen den Zugang zur Macht und der Übergang zur Marktwirtschaft mit Privatisierung von Staatseigentum und Liberalisierung von Preisen sowie Kapitalverkehr schuf ein Spektrum an Möglichkeiten, sich zu bereichern. Junge Wirtschaftsreformer im Umfeld Jelzins nahmen dies nicht nur in Kauf, sie sahen in der Entstehung einer besitzenden Schicht die Garantie gegen eine Rückkehr zum politischen System der Sowjetzeit. Die Daten der russischen Statistikbehörde zeigen deutliche Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen (siehe Grafik 1

auf Seite 12). Da ein großer Teil des Einkommens illegal erzielt und vor Fiskus und offiziellen Stellen geheim gehalten wurde, unterschätzt diese Statistik den Umverteilungsprozess eher. Dennoch zeigen die Angaben deutlich, wie im Kontext der politischen und ökonomischen Transformation die Kräfte innerhalb der Gesellschaft neu geordnet wurden. Verfügte das reichste Fünftel der russischen Bevölkerung 1990 über ca. 30 % des gesamten Geldeinkommens, waren es 1994 fast 50 %. Der Gini-Koeffizient, der soziale Ungleichheit misst, stieg im gleichen Zeitraum steil an. Seit 1994 blieb der Differenzierungsgrad im Wesentlichen gleich. Die soziale Ungleichheit, die aus der Umverteilung der gesellschaftlichen Reichtümer zwischen 1990 und 1994 erwachsen war, wurde zur sozialen Normalität.

Betrachtet man die Veränderungen der Sozialstruktur zwischen 1992 und 2003, so wird deutlich, dass die Umverteilung der »Gründerjahre« 1990 bis 1994 für große Teile der Bevölkerung den sozialen Abstieg bedeutete, der erst in den Putin-Jahren aufgehalten werden konnte.

Zum Ende der Sowjetunion folgte die Gliederung der Gesellschaft in Russland – ermittelt durch eine Befragung, in der die Respondenten ihre soziale Stellung selbst einschätzen sollten – in etwa der Normalverteilung: eine kleine Oberschicht und eine relativ kleine Schicht armer Menschen bei einer Dominanz der Mittelklasse (Linie RF 1992 in Grafik 2 auf Seite 12). Diese Formation entsprach im Großen und Ganzen den Strukturen westlicher Industriegesellschaften (Linie: ISSP 1999, 27 Länder). Am Ende der Jelzin-Ära hatte sich die russische Sozialstruktur jedoch stark verändert (Linie: RF 1999): Die Mittelschichten waren »weggebrochen«.

Die Masse der Befragten verortete sich nun in der Unterschicht. Im Jahre 2003 hatte sich die Situation wieder gewendet. Ein beachtlicher Bevölkerungsanteil nahm eine Besserung der eigenen Lage wahr und ordnete sich wieder der Mittelschicht zu. Die Sozialstruktur konsolidierte sich – bei fortbestehender sozialer Ungleichheit.

Vergleicht man den Grad der sozialen Differenzierung mit dem anderer Länder (siehe Grafik 3 auf Seite 13), so zeigt sich, dass sich die russische Gesellschaftsstruktur in diesem Punkt deutlich von der europäischen Industriestaaten unterscheidet. Die Gesellschaft der USA allerdings – wie auch die des Iran, der Türkei oder Chinas – weist noch größere Ungleichheiten auf.

Die vorliegenden Daten erlauben es, den Prozess sozialen Wandels, der nach der Auflösung der Sowjetunion stattgefunden hat, grob zu skizzieren. Die wirtschaftliche Transformation inklusive Privatisierung des Staatseigentums, Zusammenbruch der industriellen Produktion und extremer Preissteigerungen führte dazu, dass die sowjetische Mittelklasse zu großen Teilen in die Armut abstieg. Nur eine zahlenmäßig sehr kleine Gruppe profitierte von den Turbulenzen der Übergangszeit, stieg in die Führungselite auf und konnte sich über die Maßen bereichern. Mit dem Anstieg der Ölpreise, der mit dem Beginn der Amtszeit Putins 1999/2000 zeitlich zusammenfiel, verbesserte sich die wirtschaftliche Lage spürbar. Dies erfuhr auch die Masse der in den 1990er Jahren vom sozialen Abstieg Betroffenen, die nun allmählich wieder Fuß fasste und an Selbstwertgefühl gewann. Der Abstand zwischen »Oben« und »Unten«, zwischen »Arm« und »Reich« blieb jedoch ungeachtet der Besserung der Lebensverhältnisse unverändert groß. Soziale Ungleichheit blieb ein bestimmendes Element des Gesellschaftsaufbaus im postsowjetischen Russland.

### **Armut als Transformationserfahrung**

Wie die Daten zeigen, erfuhr eine Mehrheit der russischen Bevölkerung die Transformation zu Markt und Demokratie als Verschlechterung der eigenen Lebenssituation. Dabei war der Anteil der Menschen, deren Einkommen unter dem Existenzminimum lag, erschreckend hoch. Auch wenn die Ergebnisse unterschiedlicher Studien zu diesem Thema signifikant voneinander abweichen, muss man davon ausgehen, dass Mitte der 1990er Jahre der Anteil der Bevölkerung, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreichte, bei 30–40 % lag. Die Staatliche Statistikbehörde vermutete allerdings, dass sich wenigstens ein Drittel der Betroffenen zusätzliche Einkommen verschaffen konnte, so dass tatsächlich nur etwa 20 % unmittelbar existenziell

bedroht waren. Das waren 1996 aber weit über 30 Millionen russische Bürger. Diese Zahl stieg während der Finanzkrise des Jahres 1998 noch einmal deutlich an, ging mit der Besserung der Wirtschaftslage seit 2000 dann aber stetig zurück.

Armut war ein Transformationsphänomen, das große Teile der Bevölkerung bedrohte. Allerdings wurden nicht alle Gruppen in gleicher Weise betroffen. Am schwierigsten war die Situation für alte Menschen und Invaliden. Rentner etwa gerieten Anfang der 1990er Jahre in eine akute Notlage. In vielen Fällen verfügten sie nicht über die erforderlichen Mittel, um sich ausreichend zu ernähren oder eine angemessene ärztliche Versorgung zu bezahlen. Doch während der Hyperinflation der ersten Transformationsjahre und in der Finanzkrise 1998 mussten auch Durchschnittsfamilien um die Sicherung ihrer Existenz kämpfen. Erst der Wirtschaftsaufschwung, der sich in den Putin-Jahren im Gefolge des Wachstums der Energiepreise vollzog, stabilisierte die Situation wieder und verringerte die Zahl der Bedürftigen.

Wie sich die Lage der Bevölkerung nach 2001 verbesserte, lässt sich an Umfrageergebnissen des Lewada-Zentrums ablesen.

Nach den Daten (siehe Tabelle 1 auf Seite 13) musste fast ein Viertel der Bevölkerung sich noch im Mai 2001 um das nackte Überleben sorgen, weitere 42 % waren zwar nicht in ihrer unmittelbaren Existenz bedroht, doch fehlten ihnen die Mittel, ihre Lebensbedürfnisse einigermaßen angemessen zu befriedigen. Im Laufe der folgenden Jahre besserte sich die Lage zusehends. 2008 war der Anteil derjenigen, die um das »tägliche Brot« kämpfen mussten, auf 12 % gefallen, derjenigen, die sich zwar ausreichend ernähren konnten, aber alle anderen Bedürfnisse zurückstellen mussten auf 31 %. Die Zahlen zeigen aber auch, dass am Ende der zweiten Amtszeit Putins immer noch nahezu die Hälfte der Bevölkerung nach landläufigen Begriffen als »arm« gelten musste, obwohl die unmittelbare Notsituation überwunden war.

### **Ansätze zur Entstehung einer neuen Mittelklasse**

Die Transformationskrise nach dem Ende der Sowjetunion war eine schlechte Voraussetzung für die Entwicklung einer stabilen Mittelklasse. Der Differenzierungsprozess der 1990er Jahre hatte gerade die mittleren Einkommensgruppen geschwächt. Trotzdem ist festzustellen, dass in Russland ein Potenzial existiert, aus dem eine Mittelklasse erwachsen kann. Die aus der Sowjetzeit überkommene Sozialstruktur bietet dafür gute Voraus-

setzungen. Ein großer Teil der Bevölkerung verfügt über eine qualifizierte Ausbildung und in Wirtschaft und Verwaltung gibt es eine breite Schicht mittlerer Manager. Ärzte, Juristen etc. konnten aus dem Angestelltenverhältnis in die Selbständigkeit wechseln. Nach 1989 begann sich zudem eine Schicht mittelständischer Unternehmer herauszubilden. Ihr Umfang wurde von russischen Sozialwissenschaftlern vor der Finanzkrise vom August 1998 mit etwa 25 % der arbeitsfähigen Bevölkerung beziffert. Der Kollaps des Rubelkurses entwertete Einkommen und neu angesammelte Rücklagen und wirkte sich negativ auf den Besitzstand der Mittelklasse aus, deren Anteil nun mit 18 % angegeben wurde.

Eine stabile Mittelklasse mit eigenem Selbstbewusstsein, die u. U. auch einen politischen Faktor darstellen könnte, hatte sich in Russland bis 1998/1999 nicht herausgebildet. Zwar gab es Gruppen, aus denen sich eine solche Klasse rekrutieren könnte, doch waren diese zahlenmäßig vergleichsweise schwach und in ihrem Selbstverständnis wohl auch zu heterogen. Von einer homogenen Gruppe, die sich auch als solche – als Mittelklasse – verstand, konnte Ende der 1990er Jahre noch keine Rede sein. Der ehemalige Ministerpräsident Primakov kommentierte die Situation 1998 denn auch sarkastisch mit dem Satz: »Leute, die in der Börse mit den Armen wedeln, das ist noch keine Mittelklasse.«

### Oligarchen und Bürokraten – die neue Führungsschicht

Zur »herrschenden Elite« rechnen die russischen Soziologen seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre im Wesentlichen zwei Gruppen: die Inhaber politischer Führungsämter und die Wirtschaftsführer. Auch diese neue, zahlenmäßig kleine Führungsschicht war ein Produkt der Jahre des Umbruchs. Ihre Rekrutierungsgeschichte, ihre Zusammensetzung, ihre Weltsicht und ihr Verhalten waren bestimmend für den Verlauf der Transformation. Angesichts der politischen Passivität der verarmten Mehrheit und der Orientierungslosigkeit der Mittelschichten waren es kleine Elitengruppen, die den politischen Prozess und die ökonomische Neuordnung beherrschten.

Natürlich stellt sich die Frage, wieweit sich die »neuen« Eliten der Transformationszeit von den »alten« sowjetischen unterschieden, ob der Übergang mit einem Elitenwechsel verbunden war oder ob die sowjetischen Eliten auch den postsowjetischen Prozess beherrschten. Die Antwort darauf ist nicht so einfach. Tatsächlich war bereits in den 1960er Jahren ein Pluralisierungsprozess innerhalb der Gesellschaft in Gang gekommen. Die vergleichsweise geschlossene sowjetische Führungselite

löste sich auf und zerfiel in konkurrierende Segmente. Die Ausdifferenzierung nach Gruppen, die je nach Branche, Region und Apparatzugehörigkeit unterschiedliche Interessen verfolgten, setzte sich in den 1980er Jahren verstärkt fort. In den 1990er Jahren führten die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen – u. a. die Entmachtung und der Zerfall der regierenden Partei, die Privatisierung, die Kadererneuerung in der Verwaltung und die Institutionalisierung der regionalen Selbstverwaltung – schließlich zu einer Aufspaltung der »alten« sowjetischen Elite: Die Nomenklatura zerfiel in konkurrierende Gruppen, die allerdings noch durch Herkunft, Erfahrungshorizont und mannigfache Netzwerkbeziehungen miteinander verbunden waren.

Zugleich entstand aber in dieser Phase auch eine neue Schicht von Aufsteigern, die sich die Neugestaltung des politischen und des wirtschaftlichen Systems zunutze machte. Der entstehende Markt mit Geldwirtschaft und Kapitalverkehr brachte einen neuen Typus von Geschäftsmann hervor, ebenso wie sich mit der Veränderung des politischen Prozesses ein neuartiger Politikertypus herausbildete. Die »neue« Führungsgruppe rekrutierte sich zunächst weitgehend aus »alten« Eliten. Die Durchsetzung der Reformen nach 1991 bereitete dann das Feld für den Aufstieg neuer Gruppierungen, die alsbald Einfluss auf die Richtung des Transformationsprozesses nahmen. Auf diese Weise entstand ein Elitenhybrid, dessen Angehörige aber durchaus konsequent ein Ziel verfolgten: die Konsolidierung der eigenen Position. An der Fortentwicklung des demokratischen Systems, dem Ausbau von Rechtsstaat und Bürgergesellschaft sowie der Durchsetzung eines Marktes mit funktionierender Wettbewerbsordnung waren sie nur insoweit interessiert, als dies zur Sicherung ihrer Stellung nützlich war. Insofern sollte man nicht von der Annahme ausgehen, es sei das Ziel der politischen Reformeliten gewesen, westliche Modelle von »Demokratie« und »Marktwirtschaft« durchzusetzen. Wenigstens ein Teil der neuen Führungsschichten wollte die Resource Reform lediglich zu Machterwerb und Machterhalt nutzen.

Zahlenmäßig war diese Machtelite sehr klein. Die Soziologin Natalja Tichonowa schätzte 2006 die Gruppe der »Reichen« auf insgesamt 5 % der Bevölkerung (Obere Mittelklasse 4 %, die »sehr Reichen« 1 %, »Elite und Subelite« ca. 0,5 %). Am stärksten waren die ehemaligen Nomenklaturisten nach 1991 im Staatsapparat und in der Staatswirtschaft vertreten, weniger stark in der Privatwirtschaft. Die Transformation hatte also wenigstens partiell zu einer Erneuerung geführt, doch handelte es sich nicht um eine radikale Ablösung der

»alten« Eliten, sondern um einen allmählichen Übergang – Beyme bezeichnet den Vorgang ironisch als »sozialverträglichen Elitenwechsel«.

Die schon unter Jelzin bestehenden scharfen Gegensätze zwischen den verschiedenen Führungsgruppen setzten sich unter Putin fort, aber es kam nun nicht mehr zu offenen Spannungen. Stattdessen begann der Präsident die Zusammensetzung der Führungseliten aktiv zu beeinflussen. Durch eine Personalpolitik, die bewusst auf Ex-Kollegen aus den Geheimdiensten und frühere Petersburger Vertraute setzte, veränderte Putin das Profil der föderalen Exekutive. Im Vergleich mit der Jelzin-Zeit war der Anteil der Militärs, aber auch der der Geschäftsleute deutlich gestiegen, während der Anteil der Absolventen von Elitehochschulen und der Inhaber akademischer Grade zurückging (siehe Tabelle 2 auf Seite 14). Mit dem erhöhten Anteil der Militärs hing wohl die Zunahme der Landbevölkerung in der Exekutive zusammen – auch in der Sowjetunion bot die militärische Laufbahn Leuten außerhalb der Hauptstädte, die nicht zum sowjetischen Establishment gehörten, eine Karrierechance. Bemerkenswert ist auch der hohe Anteil der Petersburger: Putin hatte deutlich mehr seiner Vertrauten mit nach Moskau gebracht als Jelzin, der kaum einen Parteikader aus Swerdlowsk (Jekaterinburg) herangezogen hatte. Der Präsident schuf sich damit einen Führungskern, der es erlaubte, die Gegensätze der verschiedenen Elitefraktionen unter Kontrolle zu halten. Die Heterogenität der postsowjetischen Eliten, die Gegensätze zwischen Branchen, konkurrierenden Apparaten, zwischen Personen mit unterschiedlichen Karrierewegen blieben dennoch bestehen.

Die Handvoll Oligarchen, die in den 1990er Jahren entstand, war aufgrund ihrer Aufstiegserfahrung eng mit der politischen Elite verbunden. Die Politiker und hohen Beamten profitierten ihrerseits vom Aufstieg der neuen Finanzelite und ließen sich von den neuen Reichen großzügig entlohnen. So entstand ein Konglomerat aus Exekutive und Geschäftsleuten, das der postsowjetischen russischen Gesellschaft seinen Stempel aufdrückte.

### **Eine ungerechte Gesellschaft?**

Der soziale Umbruch, der sich nach 1992 vollzog, hat in Russland eine Gesellschaft geschaffen, die voll innerer Spannungen ist. Der »sozialverträgliche Elitenwechsel«,

der große Teile der alten Führungsschicht in Leitungspositionen beließ, verhinderte den Bruch mit der Vergangenheit. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die in der Sowjetzeit, insbesondere in den Stalin-Jahren begangen wurden, fand nicht statt. Andererseits wurde das Verfahren der Privatisierung, die ein wesentlicher Bestandteil der Transformationspolitik war und das vormalige staatliche Eigentum in die Hand weniger überführte, von der Mehrheit der Bevölkerung als zutiefst ungerecht erlebt. Der rasante Anstieg von Kriminalität im Gefolge der Durchsetzung von Geldwirtschaft und Warenbeziehungen tat ein Übriges, um viele daran zweifeln zu lassen, dass Demokratisierung und Marktwirtschaft eine Wendung zum Besseren bedeuten.

Der »ungerechte« Umverteilungsprozess der 1990er Jahre hatte eine Gesellschaftsstruktur hervorgebracht, die vor allem durch Ungleichheit gekennzeichnet war. Dies wurde in der Öffentlichkeit auch so wahrgenommen. Eine Umfrage des regierungsnahen Instituts WZIOM zeigte, wie stark Einkommens- bzw. Klassenunterschiede das Gesellschaftsbild bestimmten. Bemerkenswert ist, dass die Befragten dem Unterschied zwischen Bevölkerung und »wlast« (»die Macht«), d. h. dem Elitenkartell an der Spitze, fast dasselbe Gewicht beimaßen, wie den Einkommensunterschieden (siehe Grafik 4 auf Seite 14).

Das Konglomerat aus Bürokratie und Oligarchie, das Wirtschaft und Politik dominierte, wurde in der Bevölkerung – durchaus zutreffend – als die neue »herrschende Klasse« wahrgenommen. Der Übergang zur Marktwirtschaft, die Neuordnung der politischen Strukturen und die Umwälzung der Gesellschaftsordnung, die mit beidem verbunden war, hatten sich auf die Lebensumstände und Lebensplanung jedes einzelnen russischen Bürgers unmittelbar ausgewirkt. Und diese individuelle Erfahrung war maßgeblich dafür, wie Konzepte wie »Demokratie« und »Marktwirtschaft« wahrgenommen wurden. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte die Transformation als schmerzhaften Prozess empfunden, der mit sozialem Abstieg und Überlebenskampf verbunden war. Das postsowjetische Gesellschaftssystem galt ihnen als zutiefst ungerecht, eine Wahrnehmung, die angesichts der existierenden sozialen Unterschiede zu verstehen und durchaus begründet ist.

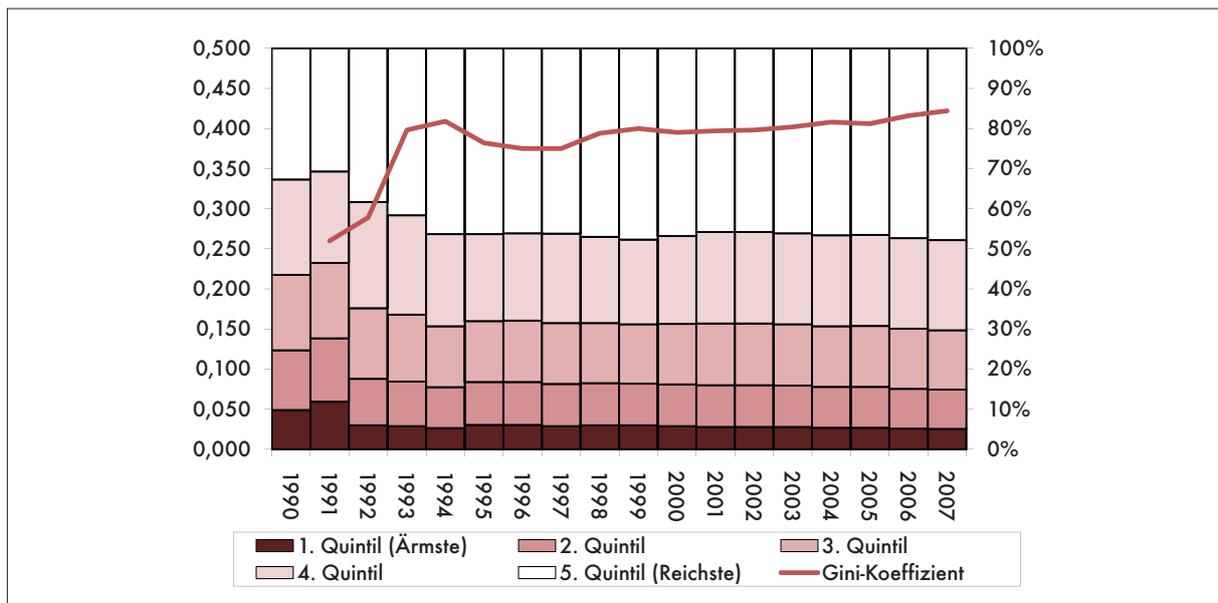
*Über den Autor:*

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

## Tabellen und Grafiken zum Text

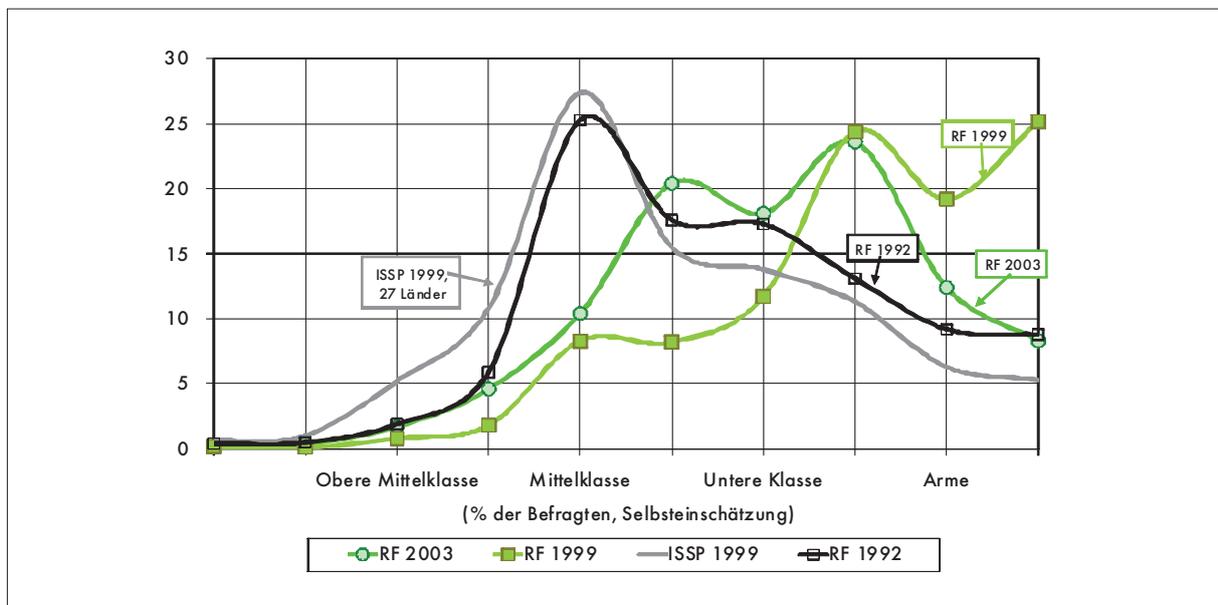
## Soziale Statistiken und Selbsteinschätzung der russischen Bevölkerung

Grafik 1: Verteilung des Geldeinkommens (rechte Skala) und Gini-Koeffizient (linke Skala) 1990 – 2007

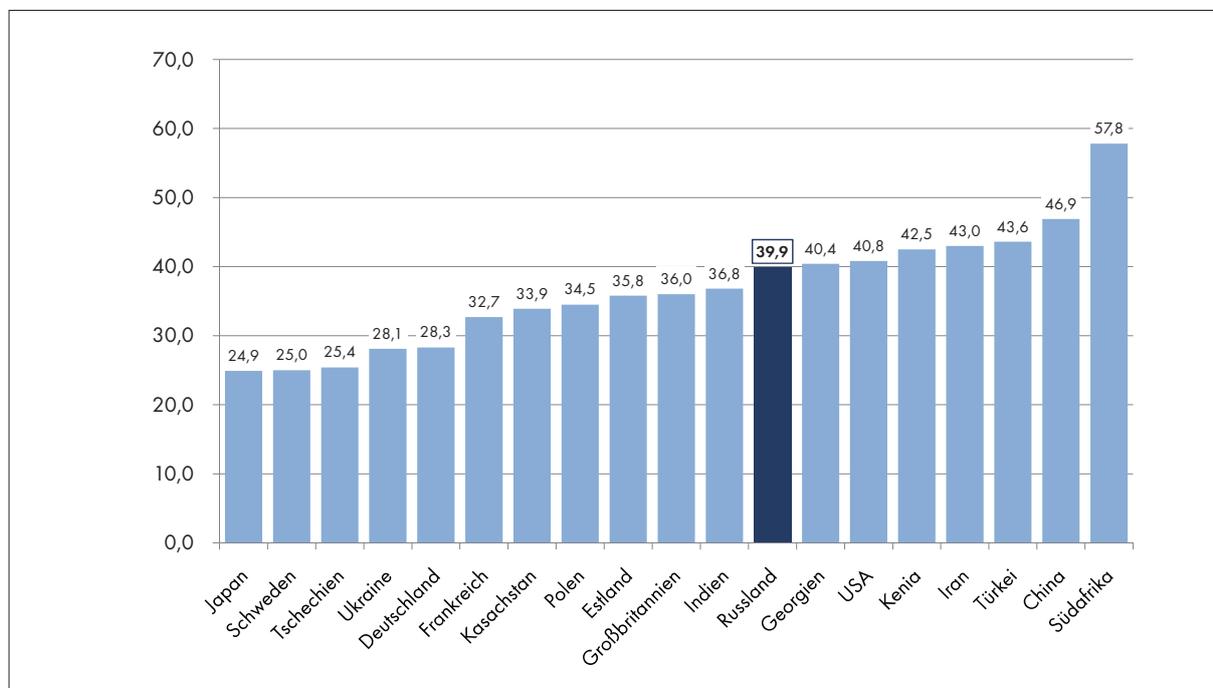


Quelle: Russischer föderaler Dienst für Statistik.

Grafik 2: Die soziale Gliederung der russischen Gesellschaft im internationalen Vergleich (Selbsteinschätzung)



Quellen: Michail K. Gorschkow, *Nekotorye metodologičeskie aspekty analiza srednego klassa w Rossii*, in: *Soziologičeskie issledovanija*, (2000) 3, S. 4–12; Institut Kompleksnych Sozjalnych Issledovanij, *Rossijskaja Akademija Nauk (IKSI RAN), Rossijskij srednij klass. Dinamika izmenenij (1999–2003g.g.)*, Moskau 2003, [http://www.fesmos.ru/Publikat/6\\_Medium%20klass2003/Sklass\\_rus\\_01.htm](http://www.fesmos.ru/Publikat/6_Medium%20klass2003/Sklass_rus_01.htm); *The International Social Survey Programme: »Social Inequality III« 1999*, ZA-Nr. 3430 (CD-ROM), *Umfrage in 27 Industrieländern (Durchschnittswert)*; RF 1992/1999/2003: *Umfragen in der Russischen Föderation in den entsprechenden Jahren*.

**Grafik 3: Soziale Ungleichheit in ausgewählten Ländern (gemessen anhand des Gini-Koeffizienten)**


Quelle: Human Development Report 2007 Data, <http://hdrstats.undp.org/buildtables>

**Tabelle 1: Materielle Lage der russischen Bevölkerung (Selbsteinschätzung)**

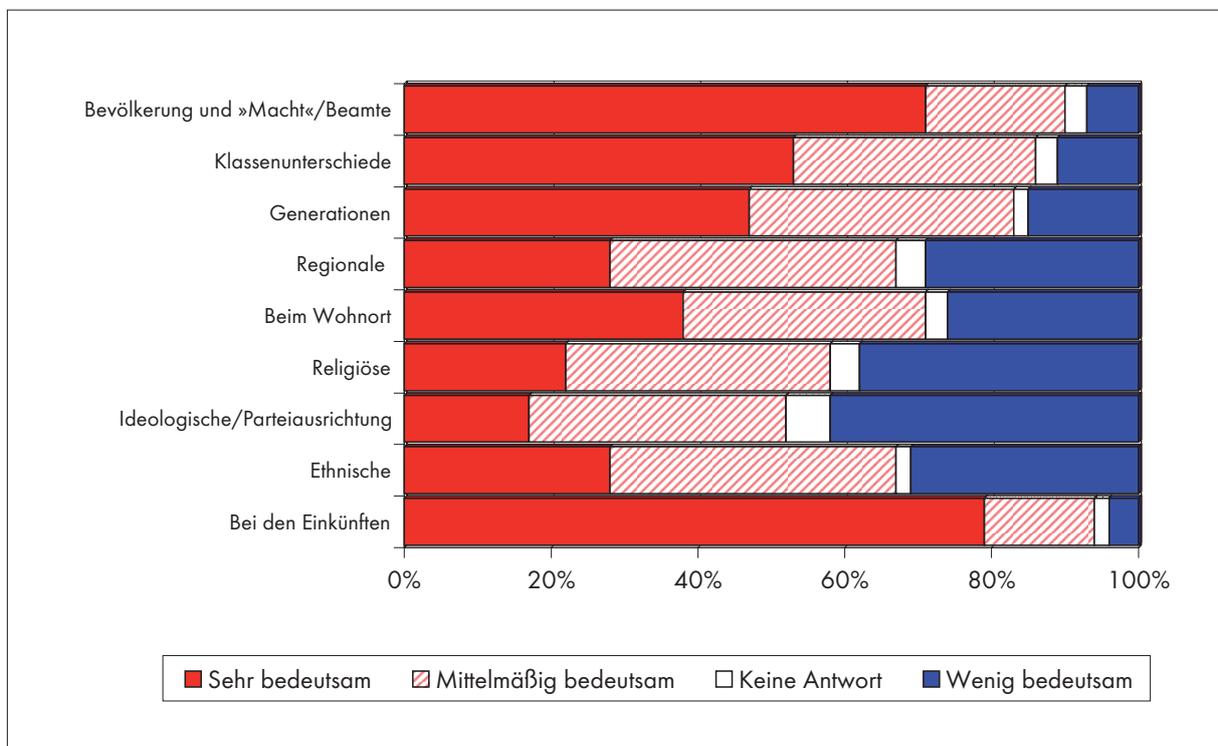
	Mai 2001	Mai 2002	Mai 2003	Mai 2004	Mai 2005	Mai 2006	Mai 2007	April 2008
Wir kommen kaum zurecht, das Geld reicht nicht einmal für Lebensmittel.	23%	21%	20%	18%	16%	16%	12%	12%
Für Lebensmittel reicht es, aber der Kauf von Bekleidung ist ein Problem.	42%	41%	41%	38%	37%	36%	33%	31%
Das Geld reicht für Lebensmittel und Kleidung, aber der Kauf von langlebigen Konsumgütern ist ein Problem.	28%	31%	33%	35%	35%	37%	43%	43%
Wir können uns langlebige Konsumgüter leisten, aber tun uns schwer beim Erwerb wirklich teurer Güter.	6%	7%	6%	9%	12%	11%	11%	15%
Wir können uns teure Einkäufe leisten – Wagen, Wohnung, Datscha u.v.a.m.	0%	0%	0%	0%	0%	<1%	<1%	<1%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru>

**Tabelle 2: Elitenprofile 1993 und 2002**

	Jelzin-Elite (1993)	Putin-Elite (2002)
Durchschnittsalter (Jahre)	51,3	51,5
Frauen	2,9%	1,7%
ländliche Herkunft	23,1%	31,0%
Hochschulbildung	99,0%	100,0%
akademischer Grad	52,5%	20,9%
militärische Ausbildung	6,7%	26,6%
ökonomische, juristische Ausbildung	24,5%	25,7%
Ausbildung auf Elitehochschule	35,4%	23,4%
Landsleute des Staatsoberhauptes	13,2%	21,3%
Geschäftsleute	1,6%	11,3%
Militärs	11,2%	25,1%

Quelle: Olga Kryschtanowskaja, Reshim Putina. Liberalnaja militokratija?, in: Pro et Contra, Tom 7 (2002) 4, S. 158–180, hier S. 161.

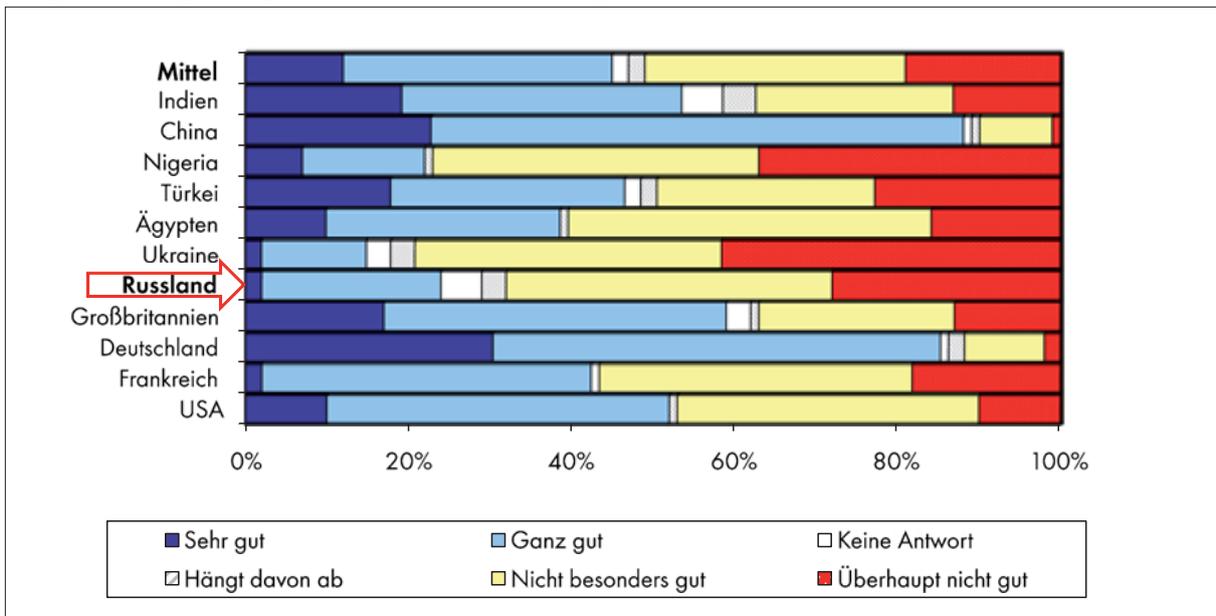
**Grafik 4: Welche Unterschiede zwischen Gruppen und Schichten sind Ihrer Ansicht nach von Bedeutung, welche nicht?**


Quelle: Umfrage des WZIAM vom März 2007, <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/4219.html>, 20.3.2007.

## Umfrage

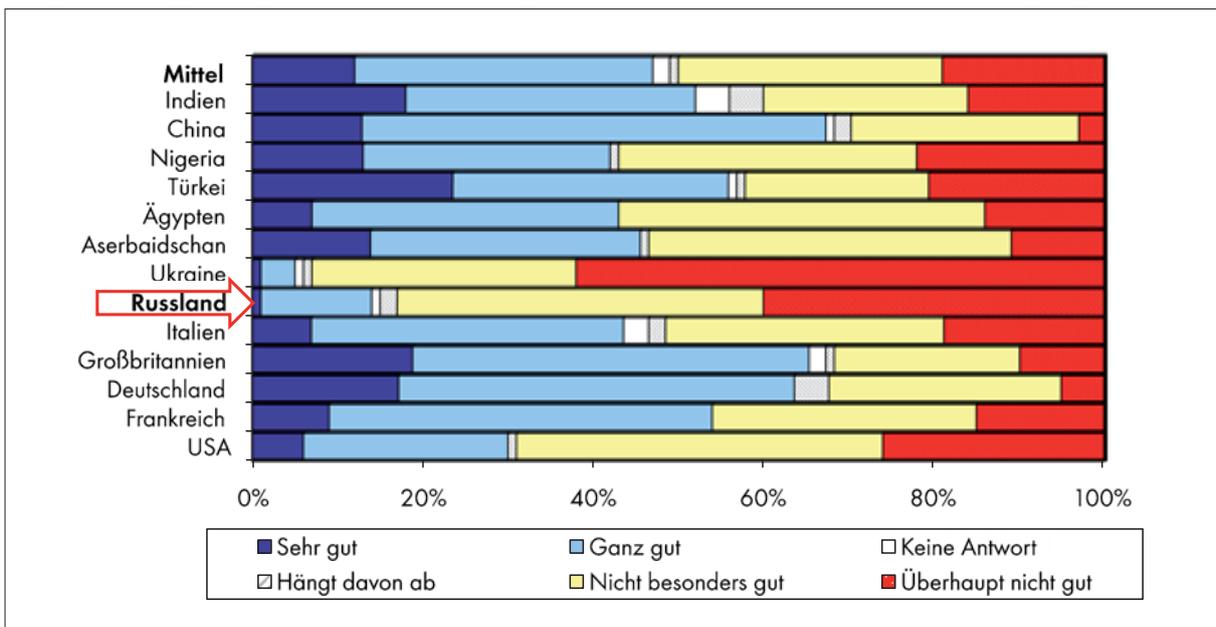
## Die Wahrnehmung sozialer Sicherheit im internationalen Vergleich

Sorgt Ihre Regierung dafür, dass sich ihre Bürger ausreichend ernähren können?



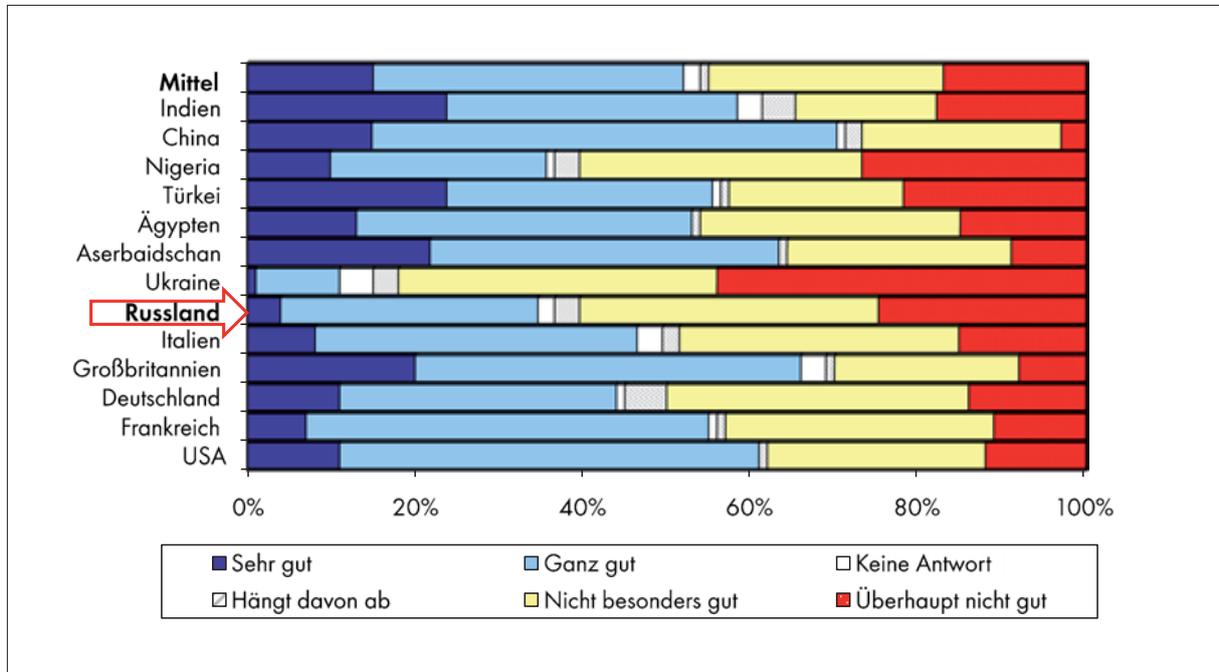
Quelle: Umfragen von World Opinion [www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO\\_Socio-Econ\\_Global\\_quaire\\_emb.pdf](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Socio-Econ_Global_quaire_emb.pdf); China ohne Hongkong, Taiwan und Macao.

Sorgt Ihre Regierung dafür, dass ihre Bürger eine ausreichende Gesundheitsversorgung erhalten?



Quelle: Umfragen von World Opinion [www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO\\_Socio-Econ\\_Global\\_quaire\\_emb.pdf](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Socio-Econ_Global_quaire_emb.pdf); China ohne Hongkong, Taiwan und Macao.

Sorgt Ihre Regierung dafür, dass ihre Bürger ausreichende Bildungsmöglichkeiten haben?



Quelle: Umfragen von World Opinion [www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO\\_Socio-Econ\\_Global\\_quaire\\_emb.pdf](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Socio-Econ_Global_quaire_emb.pdf); China ohne Hongkong, Taiwan und Macao.

## Chronik

## Vom 28. Oktober bis zum 13. November 2008

28.10.2008	Der französische Außenminister Bernard Kouchner und Javier Solana, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, führen in St. Petersburg mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow Gespräche über die baldige Wiederaufnahme der EU-Russland-Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.
29.10.2008	Staatsbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Moskau. In den Gesprächen mit dem russischen Ministerpräsidenten Putin werden vor allem bilaterale Wirtschaftsfragen erörtert. Im Laufe des Besuchs wird eine Vereinbarung zur Kooperation im Energiebereich unterzeichnet. U. a. wollen China und Russland den Bau eines Abzweigs von der Eastern Sibiria Pacific Ocean Pipeline (Espo) bis zur chinesischen Grenze betreiben.
30.10.2008	Murat Sjasikow, der Präsident von Inguschetien tritt zurück. An seiner Stelle wird Junus-Bek Jewkurov zum amtierenden Präsidenten ernannt.
31.10.2008	Sergej Ignatjew, der Vorstandsvorsitzende der russischen Zentralbank, teilt mit, dass nach vorläufigen Schätzungen im Laufe des September 26 Mrd. US\$ aus Russland abgezogen worden sind.
1.11.2008	Der armenische Präsident Sersj Sargsyan und sein aserbaidjanischer Amtskollege Ilham Alijew unterzeichnen in Medwedews Residenz außerhalb Moskaus eine Erklärung, in der sie bekunden, eine friedliche Lösung des Karabach-Konflikts anzustreben.
2.11.2008	Staatsbesuch des libyschen Staatsoberhauptes Muammar al-Gaddafi in Moskau. In den Gesprächen mit Ministerpräsident Wladimir Putin und Gazpromvertretern geht es um russische Rüstungslieferungen, um den Erwerb russischer Nukleartechnologie durch Libyen und um die Zusammenarbeit im Erdgasbereich.
2.11.2008	Vor der US-Botschaft in Moskau protestieren ca. 15.000 Personen gegen die Politik der US-Regierung. Der Protest wurde von der Jugendorganisation »Naschi« organisiert.
4.11.2008	»Tag der nationalen Einheit«. In Moskau nehmen 400–500 Rechtsradikale an einer erlaubten Demonstration teil. Andere Rechte versuchen trotz Verbots den »Russischen Marsch« durchzuführen. Dabei nimmt die Polizei ca. 100 Demonstranten fest.
5.11.2008	Präsident Dmitrij Medwedew gratuliert Senator Barack Obama zu seiner Wahl für das Amt des US-Präsidenten und drückt seine Hoffnung auf einen konstruktiven Dialog aus.
5.11.2008	Präsident Dmitrij Medwedew stellt der Föderationsversammlung, die aus den beiden Häusern des russischen Parlaments besteht, seinen Bericht zur Lage der Nation vor, in der er eine umfassende Bekämpfung der Bürokratie in Russland und eine Reform des internationalen Finanzsystems fordert.
6.11.2008	Auf einem Markt in Wladiwostok wird eine Bombe gezündet. Fünf Personen sterben, 33 werden verletzt.
7.11.2008	Staatsbesuch des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi. Auf der Agenda seiner Gespräche mit Präsident Dmitrij Medwedew stehen u. a. Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Energiebereich und bei der Nukleartechnologie.
8.11.2008	Der künftige US-Präsident Barack Obama telefoniert mit Präsident Dmitrij Medwedew. Beide Seiten unterstreichen den prioritären Charakter der bilateralen Beziehungen.
9.11.2008	An Bord eines russischen Atom-U-Boots der Pazifikflotte vom Typ Akula II sterben bei einer Testfahrt im Japanischen Meer 20 Seeleute, als durch einen Fehler das Feuerlöschsystem ausgelöst und das Gas Freon-114 freigesetzt wird.
9.11.2008	Der stellvertretende Außenminister Alexander Gruschko erklärt, dass die von Präsident Dmitrij Medwedew in seiner »Botschaft an die Föderalversammlung« angekündigte Stationierung von Kurzstreckenraketen im Gebiet Kaliningrad erst implementiert wird, wenn die USA tatsächlich das Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien stationieren.

9.11.2008	Das russische Baggerschiff »Stepan Demeschew« wird auf dem Weg von Nachodka nach Puket (Thailand) von nordkoreanischen Behörden gestoppt und wegen Grenzverletzung in einen nordkoreanischen Hafen umgeleitet. Das Schiff wird am folgenden Tag wieder freigegeben.
9.11.2008	Bei einem Granatwerferangriff auf einen Polizeiposten in Grosny wird ein Polizist getötet, zwei weitere werden verwundet.
9.11.2008	In Tschetschenien werden die Bataillone »Wostok« und »Sapad« aufgelöst, das Personal beurlaubt. Beide Bataillone unterstanden dem Verteidigungsministerium, nicht dem tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. Zwischen Kadyrow und den Kommandeuren der beiden Bataillone gab es Spannungen.
9.11.2008	Im Bezirk Urus-Martanowskij (Tschetschenien) treffen russische Truppen beim Durchkämmen eines Waldes auf fünf Personen, die das Feuer eröffnen. Bei der Erwidern des Feuers wird einer der Untergrundkämpfer getötet.
9.11.2008	Der kubanische Präsident Raul Castro empfängt den russischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsident Igor Setschin und erörtert mit ihm Fragen, die für beide Seiten von Interesse sind.
10.11.2008	Die russischen Gesundheitsbehörden heben die Importsperr für polnische Agrarerzeugnisse auf, die 2005 verhängt worden war.
10.11.2008	Präsident Dmitrij Medwedew empfängt die Führer der vier in der Duma vertretenen Fraktionen.
11.11.2008	Präsident Dmitrij Medwedew trifft mit Vertretern der russischen Industrie- und Handelskammer zusammen und erörtert mit ihnen das Gesetz über staatliche Beschaffungen, die Bekämpfung der Korruption und die Verwendung der staatlichen Unterstützungsmittel durch die Geschäftsbanken.
11.11.2008	Präsident Dmitrij Medwedew bringt die von ihm in seiner Botschaft an die Föderalversammlung angekündigten Verfassungsänderungen (Verlängerung der Legislaturperiode der Duma auf fünf und der Amtszeit des Präsidenten auf sechs Jahre) in die Duma ein.
12.11.2008	In Dagestan wird Murtusali Kuramagomedow, Chef einer Bezirksverwaltung, in seinem PKW von Unbekannten erschossen.
13.11.2008	Die Börse MMBW, die am Morgen wegen Kurseinbrüchen bis zum 17.11. Geschlossen worden war, wird auf Anweisung des Föderalen Dienstes für die Finanzmärkte wieder geöffnet.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Lesehinweis

# Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen Nr. 97 – September 2008

Herausgegeben von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder

ISSN: 1616-7384

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

## Inhalt

*Uwe Halbach*

Der »Südossetien-Krieg«: Die regionale Dimension 5

*Otto Luchterhandt*

Völkerrechtliche Aspekte des »Georgien-Krieges« (2008) 8

*Hans-Henning Schröder*

Russland und der Kaukasuskrieg 11

Eine Chronologie des russisch-georgischen Konflikts (April – Oktober 2008) 15

Der Kaukasuskrieg in den Augen der russischen Öffentlichkeit 20

*Rainer Lindner*

Die Krim als neuer »Frozen Conflict«? 27

*André Härtel*

Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt 28

Ukrainische Stellungnahmen zum russisch-georgischen Konflikt (August 2008) 31

Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine 34

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)